

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION · PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, Kl. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 20. April 1959

Blatt 651

Brücken, Gärten, Schulen
=====

Bürgermeister Jonas über weitere Bauvorhaben der Gemeinde

20. April (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 19. April, über weitere Bauvorhaben der Gemeinde Wien.

Der Bürgermeister führte aus: "Das letzte Mal habe ich in großen Zügen dargestellt, welche Anstrengungen die Gemeinde Wien unternimmt, um ihre bisherige erfolgreiche Arbeitsbeschaffungspolitik auch heuer fortzusetzen. Ich habe erwähnt, daß der Betrag für die eigenen Bauaufträge und für die Baudarlehen und Kredite die Summe von einer Milliarde 626 Millionen Schilling erreicht, die direkt dem Baugewerbe und den Baunebengewerben zufließen werden. Dadurch sind die Arbeitsplätze von zehntausenden Arbeitern und Angestellten wieder gesichert. Aber auch die gesamte übrige Wiener Wirtschaft wird die Aufträge der Stadt Wien in vorteilhafter Weise spüren, denn für die Beschaffung der verschiedenartigsten Materialien und Gebrauchsgegenstände wird der Betrag von einer Milliarde und 851 Millionen Schilling ausgegeben. Leider konnte ich in der vorhergehenden Sendung nur einen Teil der wichtigen Arbeiten des laufenden Jahres erläutern, weshalb ich heute diesen Bericht vervollständigen und abschließen will.

Von den Arbeiten der Abteilung für Brücken- und Wasserbau, die 76 Millionen Schilling kosten werden, erwähne ich den Wiederaufbau der Stadionbrücke und die Vorarbeiten für den Wiederaufbau der Salztorbrücke, der Heiligenstädter Brücke und für den Bau einer neuen Brücke, die den Gürtel nach der Brigittenau und nach Florids-

./.

dorf verlängern wird. Diese zeitsparende und den Stadtverkehr entlastende Verbindung wird über die Adalbert Stifter-Straße gehen. Für die wirtschaftliche Bedeutung Wiens ist die Weiterführung der Ausbauarbeiten am Freudenauer und Alberner Hafen und am Ölhafen Lobau, die heuer Ausgaben von 26 Millionen Schilling verursachen, besonders wichtig. Der mehrjährige Regulierungsplan für den Liesingbach wird in den Bauabschnitten Atzgersdorf und Stelzerau-Kalksburg weitergeführt werden.

Von der Stadtgartendirektion werden 24 1/2 Millionen Schilling für die Herstellung neuer und für die Umgestaltung bestehender Gartenanlagen ausgegeben werden. Dazu gehören die Arbeiten an der Alten Donau und am Kaiserwasser, aber vor allem die gärtnerische Ausgestaltung der Donaukanalufer im 2., 3., 9. und 20. Bezirk. Zu den großen Arbeiten zählen auch die Neugestaltung des Kaisergarten-Geländes im Prater und die Einrichtung eines Blindengartens im Wertheimsteinpark in Döbling. Außerdem werden noch in zwölf anderen Wiener Bezirken Gartenanlagen neu gestaltet. Für eine Vermehrung der Gartenbänke ist ebenfalls vorgesorgt. Es freut mich, daß unsere Garten- und Parkanlagen so geschätzt und gelobt werden. Ich bitte Sie nur, helfen Sie uns, wenn hie und da unvernünftige Leute Schaden anrichten, der dann wieder aus Steuermitteln gutgemacht werden muß. Man muß nicht unbedingt den Rasen zertreten, man darf auch nicht Lampen zerschlagen oder Gartenbänke umwerfen oder gar wegtragen. Wir wollen, daß unsere Gärten wie eine gute Stube behandelt werden, in der wir uns wohl fühlen und erholen können. Die städtischen Gärtner werden Ihnen dankbar sein für jede Unterstützung.

Vor zwei Wochen berichtete ich kurz über die Fertigstellung des neuen Sommerbades am Laaer Berg, das 6.000 Gäste aufnehmen wird. Ich will noch ergänzen, daß die Bäderabteilung außerdem drei neue Kinderfreibäder erbaut, und zwar in Hietzing, in Kagran und in Inzersdorf.

Dem Neubau von Schulen und der Modernisierung bestehender Schulen wird heuer wieder großes Augenmerk zugewendet. Daß die Schule für körperbehinderte Kinder im kommenden Schuljahr schon fertig sein wird, habe ich in der letzten Sendung bereits berichtet. Es kommen dazu noch die Schulneubauten am Max Winter-Platz, in Hadersdorf-Weidlingau und in der Franklinstraße in Floridsdorf.

Vorbereitet werden Schulbauten für Ottakring in der Abelegasse, dann für den 21. Bezirk in Strebersdorf und für den 23. Bezirk in Mauer. Wie in den vergangenen Jahren wird wieder das Modernisierungsprogramm für die alten Schulen fortgesetzt. Die Modernisierungen beziehen sich auf den Einbau von Zentralheizungen, auf die Installationen in Unterrichtsräumen und Sporträumen, die Einrichtung von Werkstätten und Garderoben. Auch die sanitären Anlagen müssen erneuert werden. Für alle diese Arbeiten sind im Budget mehr als 40 Millionen Schilling eingesetzt.

Die Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten in den Krankenanstalten und Heimen werden einen noch größeren Umfang haben. Es ist gar nicht möglich, diese Arbeiten im Detail anzuführen. Sie gehen von verhältnismäßig bescheidenen baulichen Herstellungen, die nur wenige hunderttausend Schilling kosten, bis zu den großen Arbeiten, die Millionenbeträge verlangen. Es kommen hier die Erziehungsheime, die Kinder- und Lehrlingsheime genau so vor wie die Altersheime. Die großen Krankenanstalten benötigen begreiflicherweise besonders viel Geld, ebenso die Heil- und Pflegeanstalten. Für diese Arbeiten habe ich im Budget den Gesamtbetrag von mehr als 63 Millionen Schilling zusammengerechnet. Doch sind darin zwei große Projekte noch nicht enthalten, deren Baubeginn von der Fertigstellung der Pläne abhängt. Es handelt sich um den Umbau des ehemaligen Rochusspitals in ein Alterskrankenhaus und um den Neubau eines Spitals mit 500 Betten auf dem Gelände des Wilhelminenspitals. Dieses neue Spital wird notwendig, weil das Allgemeine Krankenhaus nach den Vereinbarungen zwischen Bund, Gemeinde Wien und Universitätskliniken in Zukunft nicht 3.000, sondern 2.500 Betten umfassen wird.

Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß wir heuer auf dem Gebiete des Kindergartenwesens besonders viel machen können. Zehn Kindergärten, die im vergangenen Jahre begonnen wurden, werden weitergeführt, beziehungsweise fertiggestellt und die Errichtung von sechs weiteren Kindergärten wird in Angriff genommen. Diese Kindergärten befinden sich in zwölf verschiedenen Bezirken. Außerdem werden noch zwei Tageserholungsstätten ausgebaut. Für die Kindergartenarbeiten ist ein Betrag von mehr als zwölf Millionen Schilling vorgesehen.

Die knappen Darstellungen über die nächsten Arbeiten sollen einen Überblick über die vielseitigen Aufgaben der Wiener Stadtverwaltung geben. In den kommenden Monaten werden wieder zehntausende fleißige Arbeiter und Angestellte für die Wiener Bevölkerung arbeiten, und wir hoffen, am Ende des Jahres wieder große Erfolge und Leistungen für ein schöneres Wien verzeichnen zu können.

Keine Zinserhöhungen

Ich hatte nicht die Absicht, mich in meiner Radiosendung mit Fragen zu beschäftigen, deren Behandlung als Wahlpropaganda ausgelegt werden könnte. Es sind aber von Seite der Österreichischen Volkspartei in der vergangenen Woche Behauptungen aufgestellt worden, die ich nicht unwidersprochen lassen kann. Es wurde im Zusammenhang mit Mieten- und Wohnungsproblemen wider besseres Wissen behauptet, daß die Stadt Wien die Zinse erhöht habe. Tatsache ist, daß die Gemeinde Wien für ihre Volkswohnhäuser keine Zinserhöhung vorgenommen hat. Es gibt ungefähr 120.000 Wohnungen, die die Gemeinde Wien bisher im Rahmen ihres sozialen Wohnbauprogrammes gebaut hat. Abgesehen davon, daß keine Gemeindegörperschaft einen solchen Beschluß gefaßt hat und nirgends eine Verlautbarung über eine Erhöhung der Grundmietzinse erschienen ist, müßten wenigstens die 120.000 Gemeindemieter davon etwas wissen. Es ist also eine grobe Unwahrheit und eine Irreführung der Öffentlichkeit, wenn behauptet wird, die Gemeinde Wien hätte für ihre Wohnungen die Mietzinse erhöht. Die Mieter von Gemeindewohnungen, die mir jetzt zuhören, können als unverdächtige Zeugen meine Mitteilungen bestätigen. Der Vollständigkeit halber will ich hier einfügen, daß die Nebengebühren und Betriebskosten, wie Reinigungsgeld, Wassergebühren, Coloniagebühren und Rauchfangkehrergebühren, gesondert zu verrechnen sind.

Die falschen Behauptungen über die städtischen Mietzinse wurden offenbar in der Meinung gemacht, die Bevölkerung kenne sich ohnedies nicht aus, vermag Dichtung und Wahrheit nicht zu unterscheiden und die Behauptungen nicht zu überprüfen. Ich will deshalb die wichtigsten Tatbestände klarstellen und bitte Sie, sich dann selbst ein Urteil zu bilden. In meiner Radiosendung am 13. Juli 1958 kündigte ich zum ersten Male an, daß die Gemeinde

dank der günstigen Entwicklung nun daran denken könne, eine wesentliche Verbesserung in der Ausstattung der künftigen Gemeindefwohnungen vorzunehmen. Es wäre aber nicht gerecht, würde man die Mehrkosten dieser besseren Ausstattung aus allgemeinen Steuermitteln tragen. Deshalb sei es gerechtfertigt, von den künftigen Mietern dieser besseren Wohnungen einen Beitrag zu den höheren Baukosten zu verlangen. Soviel ich mich erinnere, ist diesem Vorschlag mit einer einzigen Ausnahme, von der gesamten Presse nicht widersprochen worden. Er wurde von einigen Zeitungen sogar ausdrücklich begrüßt und als sehr vernünftig bezeichnet. Auch sonst hörte ich von keiner Seite einen Einwand. Als die Vorarbeiten und Berechnungen für diese künftigen Wohnungen abgeschlossen waren, wurde ein entsprechender Antrag dem zuständigen Gemeinderatsausschuß vorgelegt und einstimmig - also auch mit den Stimmen der Österreichischen Volkspartei - beschlossen. Ich betone aber nochmals, daß sich dieser Beschluß nicht auf die Grundmietzinse der bereits bestehenden Wohnungen bezieht. Da die Aufträge für die bessere Ausführung der künftigen Wohnungen erst im Herbst des vergangenen Jahres erteilt werden konnten, ist noch keine einzige Wohnung dieser Art fertig oder gar bezogen, sodaß sich die neuen Beschlüsse in der Praxis noch gar nicht ausgewirkt haben.

Völlig anders als bei diesen jetzt besprochenen Wohnungen, die von der Gemeinde ausschließlich aus ihren eigenen Mitteln gebaut werden, ist es bei jenen zusätzlichen städtischen Wohnungen, die nach den Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes errichtet werden. Die Stadt Wien nimmt in ihrem Bestreben, möglichst viel Wohnraum zu schaffen, selbstverständlich auch die in diesem Gesetz gebotenen Möglichkeiten in Anspruch. So wie andere Gemeinden Österreichs errichtet sie zusätzlich Wohnungen mit Hilfe der Darlehen dieses Fonds. Die Darlehen müssen aber zurückgezahlt werden und deshalb ist auch genau vorgeschrieben, in welcher Art die Rückzahlung und die Umlegung auf die Mietzinse zu erfolgen hat. Begreiflicherweise sind in solchen Fällen die Mietzinse oder vielmehr Darlehens-Rückzahlungen höher. Daran kann aber die Stadt Wien nichts ändern, weil diese bundesgesetzlichen Bestimmungen einheitlich für ganz Österreich gelten.

Abschließend will ich dazu feststellen, daß die Gemeinde

Wien nicht nur in der ersten Republik, sondern auch nach dem zweiten Weltkrieg ein so gewaltiges Wohnbauprogramm verwirklichte und damit einen so hohen Beitrag für den sozialen Aufstieg des Volkes von Wien leistete, daß sie es nicht notwendig hat, offenkundige und bewußte Unwahrheiten auf sich sitzen zu lassen. Nicht nur in Wien, sondern in ganz Österreich weiß man, daß die Wiener Gemeindewohnungen die niedrigsten Mietzinse haben und diese auch nicht erhöht wurden. Wer das Gegenteil behauptet, sagt die Unwahrheit.

In meiner letzten Sendung teilte ich Ihnen mit, daß ich an die wahlwerbenden politischen Parteien den Appell gerichtet habe, sie mögen im Wahlkampf auf die Sauberkeit des Stadtbildes Rücksicht nehmen und das Beschmieren von Hausfassaden und anderen Objekten, das Bekleben von Geschäftsportalen, öffentlichen Licht- und Leitungsmasten und anderen Einrichtungen vermeiden. Ich freue mich, Ihnen heute mitteilen zu können, daß die Landesleitungen der Sozialistischen Partei, der Österreichischen Volkspartei, der Kommunisten und Linkssozialisten und der Freiheitlichen Partei mir zustimmend geantwortet haben und sich bereit erklärten, meinen Appell zu beachten. Diese Stellungnahme der politischen Parteien wird von der Bevölkerung zweifellos mit Genugtuung und Befriedigung aufgenommen werden.

- - -

Außenminister Pella spricht im Wiener Rathaus
====="Europagespräch" im Gemeinderatssitzungssaal öffentlich zugänglich

20. April (RK) Die Stadt Wien veranstaltet bekanntlich vom 17. bis 20. Juni im Gemeinderatssitzungssaal des Wiener Rathauses ein "Europagespräch". Dieses wird sowohl im Hinblick auf das Thema als auch auf die Referenten und Zuhörer auf die Jugend abgestimmt sein. Das Generalthema lautet: "Die junge Generation und Europa". Prominente ausländische Politiker werden Referat halten. Gerade heute ist auch vom italienischen Außenminister, Prof. Dr. Guiseppa Pella, eine schriftliche Zusage eingetroffen. Der italienische Außenminister wird sich während der Dauer des Europagesprächs in der österreichischen Bundeshauptstadt aufhalten und an einem der vier Tage dauernden interessanten Veranstaltung im Wiener Rathaus ein Referat halten.

Das Europagespräch wird öffentlich zugänglich sein. Anmeldungen für Karten sind an die Magistratsabteilung 7, 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, 2. Stock, Tür 82, zu richten. Telefon 45-16-61, Klappe 2729.

- - -

In Wien kandidieren vier Parteien
=====

20. April (RK) Gestern ist die Frist zur Einbringung der Kreiswahlvorschläge für die Nationalratswahl abgelaufen. In den Wahlkreisen von Wien werden nur folgende Parteien kandidieren: Liste 1: Österreichische Volkspartei (ÖVP), Liste 2: Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ), Liste 3: Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und Liste 4: Kommunisten und Linksozialisten (KLS).

- - -

Rinderhauptmarkt vom 27. April
=====

20. April (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 8 Stiere, 48 Kühe, Summe 56. Neuzufuhren Inland: 154 Ochsen, 235 Stiere, 678 Kühe, 140 Kalbinnen, Summe 1207. Gesamtauftrieb: 154 Ochsen, 243 Stiere, 726 Kühe, 140 Kalbinnen, Summe 1263. Verkauft wurden: 154 Ochsen, 241 Stiere, 725 Kühe, 140 Kalbinnen, Summe 1260. Unverkauft blieben: 2 Stiere und 1 Kuh, Summe 3.

Preise: Ochsen 10.- bis 12.20 S, extrem 12.30 bis 12.60 S (15 Stück); Stiere 10.30 bis 12.50 S, extrem 12.70 bis 12.80 S (7 Stück); Kühe 7.40 bis 10.20 S, extrem 10.30 bis 10.80 S (19 Stück); Kalbinnen 10.70 bis 11.80 S, extrem 11.90 bis 12.10 S (9 Stück); Beinlvieh Kühe 6.50 bis 8.- S, Ochsen, Stiere, Kalbinnen 9.- bis 10.- S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für Ochsen um 2 Groschen, Stiere um 4 Groschen, Kalbinnen um 5 Groschen und ermäßigte sich für Kühe um 4 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: Ochsen 11.14 S, Stiere 11.46 S, Kühe 8.62 S, Kalbinnen 10.97 S, Beinlvieh ermäßigte sich bis zu 20 Groschen je Kilogramm.

- - -